Nummer 577

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Pfennig. 71. Jahrgang. Donnerstag, 10. Dezember 1925

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten. Der deutsche Beamte

Für Manuskripte übernimmt unser Verlag keine Verantwortung | Reise- und Bäder-Beilage sowie „Welt und Wissen" tägliche Unterhaltungsbeilage mit Roman | Unverlangt eingeschickte Manuskripte werden nicht berücksichtigt

Verantwortl. Leiter Handelsteil: W. Funk, Berlin. Politik: Dr. Paul Oestreich, Berlin. Kunst, Wissenschaft und Lokales: S. Köppen, Berlin-Friedenau. Inseratenteil: H. Rangieweh, Berlin-Charlottenburg. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung Druckerei und Verlag Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstraße 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37

Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 8669; für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 243, für die Expedition Zentrum 12352 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 1.— Rmk., Stellungsuchende 0.50 Rmk., Reklamezeile 5.— Rmk. Bezugs-Preis: Monatlich 6.00 Rmk. Die Zeitung erscheint in der Woche zweimal, Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslands-Bezug nur unter Streifband. Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im I. Quartal 1926 für Amerika 7.50 Dollar, Frankreich 175 französische Francs, Belgien 175 belgische Francs, Schweiz 40 schweizerische Francs, Holland 18 holländische Gulden, Dänemark 30 dänische Kronen, Schweden 30 schwedische Kronen, Norwegen 40 norwegische Kronen, England 36 Schilling, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 50 spanische Peseten, Tschechoslowakei 250 tschechische Kronen, Brasilien 50 Milreis, Argentinien 20 Pesos, Serbien 500 Dinar für den Monat Dezember 1925 nach Oesterreich, Ungarn, Polen 10.— Rmk., Litauen 20 Lit, Lettland 775 lettische Rubel, Finnland 100 finnische Mark, Estland 1300 estländische Mark.

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26412

Die Sozialdemokraten weichen aus.

Nachdem die für die Große Koalition in Betracht kommenden Mittelparteien gestern Mittag von einem Teil der gegebenen Forderungen Kenntnis genommen hatten, die die Sozialdemokraten in sozialpolitischer Beziehung als Bedingung für die Große Koalition aufgestellt haben, hat gestern eine weitere Berührung zwischen diesen Parteien und den Sozialdemokraten nicht stattgefunden. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion trat nach Schluß der Plenarsitzung zusammen. Nach vierstündiger Aussprache ließ sie mitteilen, daß ein Beschluß nicht gefaßt wäre und daß die Fraktion sich bis auf heute nach der Plenarsitzung vertagt habe. Die Sozialdemokraten weichen also einer präzisen Stellungnahme zur Großen Koalition und einer Formulierung aller ihrer Forderungen aus, und zwar offensichtlich mit dem Zwecke, den anderen Parteien, besonders der Deutschen Volkspartei, die Möglichkeit zu nehmen, mit dem Odium des Scheiterns der Verhandlungen die Sozialdemokratische Partei zu belasten. Heute werden nun die Deutsche Volkspartei und die anderen bürgerlichen Parteien der Mitte übermals zusammentreten und zu der Haltung der Sozialdemokraten Stellung nehmen müssen. Zudem muß der Bescheid der für die Große Koalition in Betracht kommenden Parteien heute mittag um 1 Uhr dem Reichspräsidenten vorliegen. Man darf wohl annehmen, daß der Reichspräsident der sozialdemokratischen Verzögerungstaktik, die auf ein Katze- und Maus-Spiel hinausläuft, nicht stattgibt, sondern dem in der gestrigen Besprechung der nicht sozialistischen Parteien zum Ausdruck gekommenen Wunsch nach Beauftragung einer bestimmten Persönlichkeit mit der Führung der weiteren Verhandlungen entspricht.

*

In der Fraktionsbesprechung der Bayerischen Volkspartei erstattete der Vorsitzende, Abg. Leicht, Bericht über die interfraktionellen Besprechungen. Die Fraktion erörterte eingehend die mit der Regierungsbildung zusammenhängenden Fragen, verhielt sich aber zunächst abwartend, um erst die Beschlüsse der übrigen beteiligten Fraktionen kennen zu lernen; sie wird die Voraussetzungen, die sich für die Bayerische Volkspartei an die Bildung der Regierung knüpfen, bei den weiteren entscheidenden interfraktionellen Besprechungen geltend machen.

Weitere Fraktionssitzungen.

Nach der Plenarsitzung des Reichstages am Mittwoch hielten die Fraktionen der Sozialdemokraten, des Zentrums, der Deutschnationalen und der Demokraten Sitzungen ab. In der Sitzung der Zentrumsfraktion berichteten die Abgeordneten Marx und Fehrenbach über die Besprechungen im interfraktionellen Ausschuß, der sich auf Veranlassung der Abgeordneten Koch (Dem.) und Fehrenbach (Zentr.) mit der Frage der großen Koalition beschäftigt hatte. Die Fraktion nahm die Berichte entgegen, ohne einen Beschluß zu fassen. Der Abgeordnete Esser gab dann einen ausführlichen Bericht über die Verhandlungen des sozialpolitischen Ausschusses zur Erwerbslosenfrage. Der Ausschuß wird in seiner Sitzung am Donnerstag die Entscheidung über die Anträge auf Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung treffen. Auch die Reichstagsfraktion der Demokraten und der Deutschnationalen behandelten die Erwerbslosenfrage, die nach ihrer Erledigung im sozialpolitischen Ausschuß möglichst bald in einer Vollsitzung des Reichstages besprochen werden soll.

Die neue tschechoslowakische Regierung.

Abermals ein Swehla-Kabinett.

Prag, 9. Dezember.

Der Präsident richtete an den früheren Ministerpräsidenten Swehla zwei Handschreiben, dessen erstes die Entbehung des Außenministers vom Amte und das zweite die Ernennung des neuen Kabinetts betrifft. Das neue Kabinett ist gebildet wie folgt: Präsidium Swehla (Agrarier), Äußeres Dr. Benesch (Nationalsozialist), Inneres Rosek (Volkspartei), Schulwesen Dr. Srdinko (Agrarier), Justiz Dr. Bischofsky (Agrarier), Handel Ingenieur Stracek (Nationaldemokrat), Eisenbahnen Peschne (Sozialdemokrat), Oeffentliche Arbeiten Mlcoch (Gewerbepartei), Landwirtschaft Dr. Hodza (Agrarier), Nationalverteidigung Stribrny (Nationalsozialist), Soziale Fürsorge und Leitung des Unifizierungsministeriums Dr. Winter (Sozialdemokrat), Oeffentliches Gesundheitswesen Tucny (Nationalsozialist), Post und Telegraph Monsignore Schramek (Volkspartei), mit der Leitung des Ernährungsministeriums betrauter Minister Dr. Dolansky. Alle genannten sind Abgeordnete. Weiter wurden ernannt zum Finanzminister Professor Dr. Englisch und zum Minister für die Slowakei Dr. Josef Kallay.

Der Völkerbund gegen Danzig.

Polen bleibt auf der Westerplatte.

Munitionslager und Militärwache genehmigt

Genf, 9. Dezember.

Der Völkerbund hat sich heute nachmittag den Schlußfolgerungen seines Berichterstatters Quinones de Leon-Spanien hinsichtlich der polnischen Militärwache auf der Westerplatte angeschlossen und die vom Völkerbundskommissar Macdonnell und dem Danziger Senatspräsidenten Sahm vorgebrachten Einwände abgewiesen. Auf Grund einer Entscheidung des Völkerbundsrates vom 14. März 1924 bleibt jedoch die Tatsache bestehen, daß das Polen zugesprochene Gebiet der Westerplatte ausschließlich für die Verladung, Lagerung und Weiterbeförderung von Kriegsmaterial und Sprengstoffen als Transitgut dienen darf. Die polnische Militärwache könne sich also nur um diese Transitgüter kümmern. Außerdem bleibt nach wie vor ausgeschlossen, daß die polnische Kriegsflotte, im Hafen von Westerplatte stationiert wird. Ferner darf das polnische Wachpersonal außerhalb des Munitionslagers eine polnische Uniform nicht tragen und die Art der Bewaffnung muß streng auf die Aufgabe der Ueberwachung beschränkt bleiben. Quinones de Leon stellte in seiner Schlußfolgerung ferner ausdrücklich fest daß

die von Danzig aufgeworfene Frage, ob Danzig von der polnischen Flotte als Anlegehafen benutzt werden kann, offen bleibt.

Senatspräsident Sahm bemerkt zu diesen Schlußfolgerungen unter anderem, der Rat werde es verstehen, daß ja einem Hafen, der den Zwecken eines friedlichen Handels zu dienen bestimmt ist, die Errichtung eines Munitionslagers und alle damit in Zusammenhang stehenden militärischen Fragen höchst unpopulär sind. Es hat daher auch das Parlament der Freien Stadt Danzig mit überwältigender Mehrheit den Standpunkt der Regierung in dieser Hinsicht gebilligt. Ich hatte auch gegenüber dem Vorschlage des Berichterstatters den bisherigen Standpunkt der Danziger Regierung in jeder Beziehung aufrecht. Aus dem Bericht des spanischen Ratsmitgliedes ergibt sich unzweifelhaft der Schluß, daß durch die heutige Entscheidung des Rats nur das eine festgestellt wird, daß eine Militärwache von 88 Köpfen nicht die Errichtung einer Militärbasis bedeute. Jede Verstärkung dieser Zahl würde die Frage der Militärbasis neu aufleben lassen. Ich hoffe, daß durch die vom Berichterstatter formulierten Bedingungen diese Frage in Zukunft nicht angeregt wird.

Strafburger als polnischer Vertreter in der Freien Stadt Danzig stimmte den Schlußfolgerungen des spanischen Ratsmitgliedes zu und erklärte, daß es der einzige Zweck der polnischen Militärmache sei, die Ordnung und Sicherheit auf der Halbinsel Westerplatte aufrecht zu erhalten.

Der schwedische Außenminister Unden machte keine Einwendungen gegen die Beweisführung des Berichterstatters und die Schlußfolgerungen und fügte hinzu, er wolle jedoch aus praktischen Erwägungen die Anregung machen, die polnische Wache mit ihrem militärischen Charakter abzuschaffen und eine Zivilwache einzurichten. Er verzichte jedoch darauf, einen förmlichen Vorschlag in dieser Richtung zu machen, da seinen Anregungen auf breite Verbandlungen zwischen den beiden Regierungen vom Völkerbundskommissar Macdonnell Folge geleistet werden könne. — Senatspräsident Sahm begrüßte die Anregungen des schwedischen Außenministers aufs Lebhafteste und erklärte, es würde sicher durch ein derartiges Arrangement vermieden werden, daß

die Gefühle der Danziger Bevölkerung verletzt

werden. Er möchte daher dem Völkerbundskommissar anheimstellen, entsprechend dieser Anregung eine Empfehlung in das Protokoll aufzunehmen. Eine derartige Empfehlung des Rates wäre geeignet, die Schwierigkeiten, welche durch diese Lösung entstehen könnten, zu beseitigen. Eine Zivilwache könnte mit der Polizei von Danzig aufs engste zusammenarbeiten, da das Gebiet der Westerplatte nicht das Recht der Exterritorialität genieße und demzufolge auch den Gesetzen und der Polizei von Danzig unterstellt werde.

Auf Vorschlag Chamberlains sieht der Rat davon ab, auf diese Anregung einzugehen, da sie eine Angelegenheit sei, die zwischen dem Oberkommissar und den beiden Regierungen geregelt werden könne. Damit wird die Aussprache über die Danziger Angelegenheit geschlossen, worauf der Vorsitzende Scialoja feststellt, daß der Bericht des spanischen Ratsmitgliedes mit seinen Schlußfolgerungen angenommen worden ist.

Weiter verhandelte der Völkerbund in seiner Nachmittagssitzung über den

finanziellen Wiederaufbau Ungarns

in Gegenwart des ungarischen Delegierten, Graf Bethlen. Der Rat hieß den Bericht des Generalkommissars Smits für gut und stellte fest, daß bereits in den ersten fünf Monaten des Budgetjahres 1925/26 ein Ueberschuß erzielt sei. Das Wirtschaftsleben Ungarns hätte sich erholt, die Arbeitslosigkeit sei zurückgegangen, die Exporthandelsziffern wären gestiegen. Die Einführung des neuen Geldes auf der Goldbasis hätte eine Beruhigung und eine Förderung des Wirtschaftslebens zur Folge gehabt. Der Rat empfahl Ungarn den Abschluß neuer Handelsverträge und billigte die Vorschläge der Finanzkommission über die Verwendung der Anleihereste für agrarische und industrielle Zwecke. — Ueber

den Wiederaufbau Oesterreichs

berichtete Austen Chamberlain. Er ging von dem bevorstehenden Rücktritt des österreichischen Generalkommissars Zimmermann aus, der durch die günstige budgetäre Lage Oesterreichs ermöglicht werde. Die Anleihereste sollen für wirtschaftlich produktive Zwecke, vor allem für die Elektrifizierung der Eisenbahnen benutzt werden. Durch die Aufhebung der Finanzkontrolle erhalte Oesterreich seine finanzielle Souveränität wieder. Auch die Ueberwachung des Zinsendienstes der Anleihe würde die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit Oesterreichs unter keinen Umständen berühren. Der Rat nahm hierauf Kenntnis von dem Bericht des Generalkommissars. Er forderte Oesterreich und die Nachfolgestaaten auf, günstige Handelsverträge miteinander abzuschließen, die den beiderseitigen Bedürfnissen entsprächen. Der Rat kam hierauf zu folgendem Beschluß: „Von der Aufhebung der Finanzkontrolle an bis zu dem Augenblick, an dem die Anleihe zurückbezahlt sei, sollen folgende Bestimmungen gelten: 1. soll das Kontrollkomitee, für die Anleihe unmittelbar mit der österreichischen Regierung verhandeln; 2. soll für den Zinsendienst der Anleihe eine besondere Kontrolle eingerichtet werden; 3. soll über die Ernennung eines Beobachters bei der Nationalbank zwischen der österreichischen Regierung und dem Rat eine besondere Abmachung getroffen werden. — Im weiteren Verlaufe seiner Sitzung genehmigte der Rat die Berichte über die Arbeiten der Wirtschaftskommission des Völkerbundes. Er beschloß ferner, für Ende April oder Anfang Mai 1926 eine

internationale Konferenz zur Regelung der Paßfrage

einzuberufen. In dieser Konferenz sollen nach Möglichkeit alle Staaten eingeladen werden.

Auch die Minderheitenfrage ergebnislos.

Das brasilianische Ratsmitglied Mello-Franco berichtete im Völkerbundsrat über eine eventuelle Revision der Behandlung der Minderheitsbeschwerden, wobei er in sehr eingehender und sachlicher Weise zu den verschiedenen Minderheitsproblemen Stellung nahm, aber zu dem Schluß kam, daß die im September auf der 6. Völkerbundsversammlung vom Grafen Apponyi-Ungarn gemachten Vorschläge im gegenwärtigen Zeitpunkt zu keiner Erörterung im Rate Anlaß geben könnten. Chamberlain schloß sich dieser Auffassung an und fügte hinzu, daß die Absicht der Urheber der Minderheitsverträge keineswegs gewesen sei, um Schafe der einzelnen Staaten in ihren gesamten Organismus einen dauernden Fremdkörper aufrecht zu erhalten. Mit den Minderheitsverträgen sollen vielmehr nach und nach die notwendigen Bedingungen für die Aufrichtung einer großnationalen und staatlichen Einheit geschaffen werden. Benesch und Hymans billigten ebenfalls die Schlußfolgerungen des brasilianischen Ratsmitgliedes.

Mandatsfragen in Genf.

Genf, 9. Dezember.

Unter den vom Rat behandelten Mandatsfragen verdient besonderes Interesse die Stellungnahme zu dem von der deutschen Regierung vor einiger Zeit geltend gemachten Einspruch gegen die Gesetzesmaßnahmen Belgiens in dem belgischen Mandatsgebiet Ruanda-Urundi. Der von dem schwedischen Außenminister Unden erstattete Bericht verzeichnet die von Belgien in der Mandatskommission abgegebene Erklärung, wonach Belgien bei Erlassung des beanstandeten Gesetzes sich nicht von dem Gedanken habe leiten lassen, das Mandatsgebiet zu annektieren oder andere wesentliche Aenderungen in der Verwaltung vorzunehmen. Unden schloß seinen Bericht mit folgender Bemerkung: „Obwohl, wie es scheint, die Abfassung gewisser Artikel des Gesetzes zu Zweifeln Anlaß geben kann, bin ich nach genauer Prüfung zu dem Schluß gekommen, daß die Auslegung, die der belgische Vertreter gegeben hat, zur Zerstreuung aller Befürchtungen ausreicht, die bezüglich einer versteckten Annexion dieses Gebietes entstehen konnten, und daß daher der Rat berechtigt ist, sich mit der Entgegennahme der gegebenen Erklärungen und Zusagen zu begnügen.

Ebenfalls auf Vorschlag Undens stimmte der Rat der Regelung zu, wonach die vor Ausbruch des Krieges von England und Deutschland festgesetzte Grenzlinie zwischen Britisch-Ostafrika und Deutsch-Ostafrika künftig als maßgebend für das unter englischem Mandat stehende Gebiet Tanganyika des früheren Deutsch-Ostafrika und der englischen Kolonie Kenia gelten soll.

Was den Besitz von Angehörigen ehemals feindlicher Staaten in den Mandatsgebieten anlangt, so forderte der Rat die Mandatsmächte auf, diese Frage wohlwollend zu prüfen, um Angaben über den gegenwärtigen Zustand dieser Güter machen zu können, die auf Grund des Versailler Vertrages liquidiert wurden.

Hinsichtlich der Mandatsgebiete von Syrien und dem Irak spricht der Rat den Wunsch nach einer raschen und befriedigenden Beilegung der verschiedenen Schwierigkeiten aus.

Baldwin zu dem Irakvertrag.

TU London, 9. Dezember.

Baldwin erklärte heute nachmittag im Unterhaus, daß das Haus im Mai 1923 informiert worden sei, daß der Irakvertrag in seiner gegenwärtigen Form dem Eintritt des Irak in den Völkerbund ablaufen werde, auf alle Fälle nicht später als nach Ablauf der Ratifikation des Friedens mit der Türkei, also im Jahre 1928, und daß die Verhandlungen für den neuen Vertrag, der die Beziehungen der beiden Länder regeln solle, noch vor diesem Datum beginnen.

Am 16. d. M. wird in Abazzia eine italienisch-jugoslawische Konferenz zum Abschluß eines neuen Abkommens über die Fischerei im Adriatischen Meer zusammentreten.

Abrüstung.

In Genf finden in diesen Tagen die Verhandlungen über die Abrüstung statt. Nachdem von den Weltmächten endlich festgestellt worden ist, daß Deutschland abgerüstet hat, und auch das französische Verlangen: erst Sicherung, dann Abrüstung durch den Vertrag von Locarno erfüllt worden ist, verlangt die Weltstimmung das Anfassen dieses Problems.

An der Spitze der Bewegung stehen Amerika und England. Der Weltbankier mag sein schönes Geld nicht einem Europa in den Rachen werfen als Vorbereitung für neue Kriege und wirtschaftlichen Zusammenbruch. So sind die Fragen Abrüstung und interalliierte Schulden eng verknüpft. Frankreich spürt dies heute recht eindringlich, während Belgien eine wohlwollende Behandlung in der Schuldenfrage von Seiten Amerikas fand, als Vandervelde greifbare Vorschläge für die Abrüstung Belgiens machte.

England sieht sich heute nur durch Frankreichs militärisch bedroht. Sein Streben geht dahin, auf dem Wege der allgemeinen Abrüstung Frankreichs militärisches Uebergewicht zu brechen. Gegen die Luftwaffe und das U-Boot richtet sich im Besonderen der englische Angriff. Frankreich widerstrebt. Wohl hat auch diese Nation, um das Gesicht zu wahren und ihr schlechtes Gewissen zu verbergen, dem Völkerbunde einen Vorschlag für die Abrüstung vorgelegt. Durch eine Unzahl von Einzelfragen sucht Frankreich aber die Behandlung des in der Tat schwierigen Problems hinauszuschieben. Frankreichs heutige Geltung beruht auf seiner militärischen Macht. Mögen die Machtansprüche noch so ungerechtfertigt erscheinen, der Traum der Vorherrschaft in Europa, auf Waffen gegründet, ist zu schön, um darauf zu verzichten. Die Uebertreibung des militärischen Machtgedankens muß aber an der rauhen Wirklichkeit der eigenen personellen und wirtschaftlichen Kraft dieser ehrgeizigen Nation scheitern.

Unser östlicher Nachbar Polen hat in ähnlicher Psychose wie Frankreich ein Heer auf Kosten seiner wirtschaftlichen Kräfte aufgestellt, dessen Etat mehr als die Hälfte aller Staatsausgaben verlangt. Dieser Unverstand kann nur zum Ruin des Landes führen.

So zwingen politische und wirtschaftliche Forderungen die großen Militärmächte zum Einlenken, nachdem das französische Propagandageschrei über die Militärrüstung Deutschlands in der Welt nicht mehr geglaubt wird.

Immerweit die Abrüstung wirklich eingeleitet werden wird, läßt sich heute noch nicht übersehen. Die Verringerung der stehenden Heere gibt hierfür keinen Maßstab, denn die Kriegsvorbereitung hängt heute nicht von der Stärke der aktiven Wehrmacht, sondern von einer großen Zahl Voraussetzungen ab, wie z. B. der Länge der Dienstzeit, den Beständen an Waffen, der Leistungsfähigkeit der Kriegsindustrie und vielem Anderen. Die zu erwartende große Geste über eine Verringerung der Präsenzstärke gibt gar keine Gewähr für eine tatsächlich erfolgende Abrüstung.

Gesetzt aber wirklich den Fall, die Nationen wollten sich nicht gegenseitig täuschen, sondern eine allgemeine Abrüstung durchführen, so ergibt sich die schwere Entscheidung über die Rüstungsnormen, d. h. über das Verhältnis der Heeresstärken und Mobilmachungsvorarbeiten der verschiedenen Länder untereinander. Nach dem Völkerbundspakt sollen die geographische Lage und die besonderen Verhältnisse des Landes den Ausschlag geben. Wer wird dies entscheiden? Es kann doch darüber kein Zweifel bestehen, daß nach diesen Begriffen Deutschland in der Mitte Europas besonders bedroht ist und mit Recht ein stärkeres Heer als Frankreich verlangen kann! Wird aber ein Franzose jemals dieses Verlangen als berechtigt anerkennen?

So wie die Verhältnisse heute liegen, werden wir erleben, daß die Verhandlungen in Genf keine Klärung bringen. Man wird immer versuchen, dem Anderen die Schuld an dem Scheitern der Verhandlungen zuzuschieben, und sich selbst jede Hinterlür offen halten wollen. Auch die Aussicht, daß Rußland nicht abgerüstet hat, wird eine